ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Seidel, Martin

Working Paper

Das Bundesverfassungsgericht im System des Europäischen Unionsrechts

ZEI Working Paper, No. B 03-2012

Provided in Cooperation with:
ZEI - Center for European Integration Studies, University of Bonn

Suggested Citation: Seidel, Martin (2012) : Das Bundesverfassungsgericht im System des Europäischen Unionsrechts, ZEI Working Paper, No. B 03-2012, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), Bonn

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/57934

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Working Paper

Martin Seidel

Das Bundesverfassungsgericht im System des Europäischen Unionsrechts

B 03
2012

Das Bundesverfassungsgericht im System des Europäischen Unionsrechts♦

Professor Dr. Martin Seidel
Zentrum für Europäische Integrationsforschung an der Universität Bonn

Einführung in die Thematik

Das Bundesverfassungsgericht - nicht aller Deutschen liebste Institution – sichert nicht nur als seine Hauptaufgabe die Geltung und Wahrung des Grundgesetzes durch alle staatlichen Organe. Im Zuge der Einbindung Deutschlands in den europäischen Integrationsprozess ist ihm zusätzlich die Rolle eines Wächters und in jüngster Zeit sogar eines Bollwerks gegen fehlerhafte Entwicklungen des europäischen Verfassungsprozesses zugewachsen. Es nimmt dabei mit Gelassenheit in Kauf, dass es mit dem Europäischen Gerichtshof in Konflikt gerät, für den die Unterordnung aller Gerichte der Mitgliedstaaten, einschließlich ihrer Verfassungsgerichtshöfe zu seinem Selbstverständnis zählt. Seine Rolle im System des gerichtlichen Rechtsschutzes der Europäischen Union zählt zu den leidenschaftlich kontrovers diskutierten Themen der Europarechtslehre und Europapolitik.

Anspruch der EU auf absoluten Vorrang ihrer Rechtsordnung

Dem Gerichtshof der Europäischen Union obliegt die Wahrung und Sicherung des Rechts der Europäischen Union in den Mitgliedstaaten und dabei vor allem dessen einheitliche Geltung. Seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts vertritt der Europäische Gerichtshof die Auffassung, dass bei einem Konflikt mit den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten das Europäische Unionsrecht (ehemals: „Gemeinschaftsrecht“) Vorrang vor jedwedem nationalen Recht, d.h. auch vor dem Verfassungsgerecht der Mitgliedstaaten habe. Die nationalen Gerichte, die das Recht der Europäischen Union – ihre Gründungs- und die Folgeverträge wie zum Beispiel den Vertrag von Lissabon, ihre Verordnungen, die Richtlinien sowie ihre Entscheidungen und rechtsverbindlichen Beschlüsse - anzuwenden haben, dürften im Falle eines Konflikts das nationale Recht nicht anwenden. Der Anspruch der Europäischen Union auf Vorrang ihrer Rechtsordnung gehe so weit, dass im Konfliktsfall auch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes Vorrang vor der Rechtsprechung nicht nur der unteren nationalen Gerichte, sondern auch vor der Rechtsprechung der obersten Gerichte der Mitgliedstaaten habe. Selbst die Verfassungsgerichtshöfe hätten sich dem Europäischen Gerichtshof widerspruchslos unterzuordnen.[1] Sofern ein Gericht, auch ein Verfassungsgericht, seiner Verpflichtung zur Unterordnung nicht nachkäme, mache sich der Mitgliedstaat, der für Missachtungen des Europarechts durch seine Gerichte wie für Missachtungen des europäischen Rechts durch seine Verwaltungsbehörden, beispielsweise durch ein Finanzamt, europarechtlich hafte – so die Interpretation der Rechtslage durch die Kommission der Europäischen Union – eines Verstoßes gegen vertragliches Unionsrecht, d.h. gegen

---

♦ Veröffentlicht (ohne Anmerkungen) in „Der Euro und die Schuldenkrise in Europa“ in DEUTSCLND & EUROPA, Zeitschrift für Gemeinschaftskunde, Geschichte, Deutsch, Geographie, Kunst und Wirtschaft der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Heft 63–2012, S. 70-73

[1] Siehe grundlegend EuGH vom 15. Juli 1965 (Rechtssache 6/64, Costa gegen ENEL): „Aus (…) folgt, dass dem vom Vertrag geschaffenen, somit aus einer autonomen Rechtsquelle fließendem Recht wegen dieser seiner Eigenständigkeit keine wie immer gearteten innerstaatlichen Rechtsvorschriften vorgehen können, wenn ihm nicht sein Charakter als Gemeinschaftsrecht aberkannt und wenn nicht die Rechtsgrundlage der Gemeinschaft selbst in Frage gestellt wird,“

Verfassungsrecht der Europäischen Union schuldig. Die nationale Regierung und der nationale Gesetzgeber müssten – erforderlichenfalls durch eine Änderung der gerichtlichen Verfahrensordnung – gegen eine Rechtsprechung seiner Gerichte, die sich nicht subordiniere, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln einschreiten; ein Mitgliedstaat riskiere, falls er nichts unternähme, eine Klage der Kommission vor dem Europäischen Gerichtshof wegen eines von ihm als Mitgliedstaat durch sein Gericht begangenem Rechtsverstoßes, die mit Sicherheit erfolgreich sein würde. Die Europäische Union sei zwar – so die Kommentatoren und Verteidiger der Auffassung des Europäischen Gerichtshofes – ein Staatenbund und kein Bundesstaat. Wäre die Europäische Union ein Bundesstaat, würde – wie in Deutschland nach Artikel 21 des Grundgesetzes „Bundesrecht („breche“) Landesrecht“ - der absolute Vorrang der Rechtsordnung der Europäischen Union eine Selbstverständlichkeit. Die Europäische Union sei aber auch kein gewöhnlicher Staatenverband, der über keine übergeordnete Herrschafts- und Rechtsetzungsmacht verfüge, sondern weise mit einer beträchtlichen Rechtsetzungshoheit und administrativen Befugnissen wie zum Beispiel der Wettbewerbsaufsicht über die Wirtschaft sowie die Subventions- und die Haushaltsaufsicht über die Mitgliedstaaten bundesstaatsähnliche supranationale Ausprägungen auf. Mit ihrer Zielsetzung, eine immer engere Union der Völker und Staaten Europas zu begründen, gestalte die Europäische Union ein Integrationsprogramm, das sie von den Funktionen klassischer Staatenverbände beträchtlich abhebe. Die Aufgaben, mit denen sie betraut sei, schlössen es aus, dass die Europäische Union bei der Ausübung der ihr übertragenen Rechtssetzungsmacht und administrativen Verwaltungshoheit auf den Vorrang ihrer Rechtsordnung vor dem Recht und der Verfassung der Mitgliedstaaten wie ein gewöhnlicher völkerrechtlicher Verbund souveräner Staaten verzichte. Auch der Vorrang ihrer gerichtlichen Rechtsprechung vor der nationalen gerichtlichen Rechtsprechung bis hin zu der Rechtsprechung der nationalen Verfassungsgerichtshöfe müsse uneingeschränkt gewährleistet sein, damit die Europäische Union ihre Aufgabe, sich als Integrationsmotor zu entfalten, erfüllen könne. Wären der Vorrang des Rechts der Europäischen Union und mit ihm die einheitliche Geltung ihrer Gesetze in allen Mitgliedstaaten nicht gewährleistet, wäre der Integrationsauftrag der Europäischen Union hinfällig. Der Vorrang des Rechts der Europäischen Union blockiere den Gesetzgeber der Mitgliedstaaten, indem er unionsrechtliche Regelungen davor schütze, dass sie durch Gesetzgebung der Mitgliedstaaten bei ihrer Anwendung in den Mitgliedstaaten behindert oder nachträglich aufgehoben würden. Ohne ihn stünde die Vielzahl der gesetzlichen Regelungen der Europäischen Union, wenn auch nicht politisch, so doch jedenfalls verfassungsrechtlich, zur Disposition jedes einzelnen nationalen Gesetzgebers. Zum Beispiel könnte eine unionsrechtliche Regelung des Zollrechts oder des Steuerrechts, wenn sie nicht durch die Überordnung des Rechts der Europäischen Union, die der Vorrang gewährleiste, geschützt wäre, von jedem Mitgliedstaat - für seinen nationalen Geltungsbereich – beliebig aufgehoben oder geändert werden. Bedürfe eine unionsrechtliche Reglung des Steuerrechts oder des Zollrechts, aus welchen Gründen auch immer, einer Änderung oder der Aufhebung, seien das Europäische Parlament und der Rat als gemeinsamer Gesetzgeber der Europäischen Union gefordert. Allenfalls dann, wenn er vom Unionsgesetzgeber hierzu ermächtigt worden sei, dürfe sich der Gesetzgeber eines Mitgliedstaates über eine unionsrechtliche Regelung hinwegsetzen, Mit dem Europäischen Gerichtshof vertreten daher neben allen Organen der Europäischen Union und der Europarechtslehre auch die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten – wenn auch nicht frei von jeglichen Vorbehalten - die Auffassung, dass der Zweck und die Funktion der europäischen Rechtsordnung grundsätzlich ihre Unantastbarkeit durch den nationalen Gesetzgeber erfordere. Die Festlegungen auf „gemeinsames Recht in Europa“, die von den Mitgliedstaaten im Rahmen des Integrationsprozesses politisch mühsam erreicht würden, müssten dem autonomen Zugriff der Mitgliedstaaten entzogen sein und dürften nur durch den Unionsgesetzgeber geändert werden. Für den Vorrang ihres Rechts vor nationalem Recht, der

dem Verfassungsrecht der Europäischen Union zuzuordnen ist, bräuchte letztlich weder die quasibundesstaatsähnliche Struktur noch das Vorrangprinzip des Bundesstaates in analoger Anwendung bemüht zu werden. Der unionsrechtliche der Vorrang stütze sich darauf, dass die Rechts- und Verfassungsordnung der Europäischen Union ohne den Vorrang nicht die ihr zugedachte und obliegende Funktion erfüllen könnte, als unauflösbare Klammer des jeweiligen politisch erreichten Fortschrittes und Standes der Integration der Völker und Staaten zu wirken,

Spannungsverhältnis zwischen dem EuGH und dem BVerfG

Die Mitgliedstaaten der Europäschen Union haben als ihr Vertrags- und damit Verfassungsgeber den vom Europäischen Gerichtshof reklamierten Vorrang des Unionsrechts vor dem Recht der Mitgliedstaaten ungeachtet mehrerer Gelegenheiten bislang zu keiner Zeit in das vertragliche Unionsrecht übernommen. Auf keiner der Regierungskonferenzen der Vergangenheit (Paris 1951, Rom 1957, Luxemburg 1985, Maastricht 1991, Amsterdam 1985, Nizza 2000) stand die Aufnahme des Grundsatzes des Vorrangs des Unionsrechts in das vertragliche Unionsrecht (vormals: Gemeinschaftsrecht) auf der Tagesordnung. Erstmalig hatte der Vertrag „über eine Verfassung für Europa“, der in dem „Konvent für Europa“ erarbeitet und von den Regierungen gebilligt worden war, später aber als Folge des negativen Ausgangs der Referenden in Frankreich und in den Niederlanden scheiterte, die Verankerung des Vorrangprinzips im vertraglichen Unionsrecht vorgesehen.[2] Obgleich die Mitgliedstaaten später auf der Konferenz von Lissabon bestrebt waren, die Regelungen des gescheiterten Verfassungsvertrages möglichst unverändert zu übernehmen, haben sie den betreffenden Artikel über den Vorrang des Unionsrechts - der nach inoffiziellen Verlautbarungen auf eine Einhegung des Bundesverfassungsgerichts abzielte – nicht in den Vertrag von Lissabon übernommen, vielmehr in eine dem Vertrag von Lissabon angehängte Erklärung verschoben.[3] Erklärungen zu völkerrechtlichen bzw. unionsrechtlichen Änderungsverträgen dieser Art sind rechtlich nicht verbindlich, so dass das Vorrangprinzip auch nach dem Vertrag von Lissabon nur richterrechtliches Unionsrecht und nicht dem förmlichen Vertrags- und Verfassungsrecht der Europäischen Union zugehörig ist.

Illegale Opposition oder Wahrnehmung einer legitimen Wächterrolle

Das Bundesverfassungsgericht stellt den Vorrang der Rechtsordnung der Europäischen Union vor mitgliedstaatlichem Recht keineswegs schlechthin in Frage. Es bekennt sich auch

---

[2] Artikel I-6 (Das Unionsrecht) Vertrag vom 29. Oktober 2004 über eine Verfassung für Europa: „Die Verfassung und das von den Organen der Union in Ausübung der der Union übertragenen Zuständigkeiten gesetzte Recht haben Vorrang vor dem recht der Mitgliedstaaten.“

[3] 17. Erklärung zum Vorrang,: „Die Konferenz weist darauf hin, dass die Verträge und das von der Union auf der Grundlage der Verträge gesetzte Recht im Einklang mit der ständigen Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Union unter den in dieser Rechtssprechung festgelegten Bedingungen Vorrang vor dem Recht der Mitgliedsstaaten haben. Darüber hinaus hat die Konferenz beschlossen, dass das Gutachten des Juristischen Dienstes des Rates zum Vorrang in der Fassung des Dokuments 11197/07 (JUR 260) dieser Schlussakte beigefügt wird.“ Gutachten des Juristischen Dienstes des Rates vom 29 Juni 2007: „Nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs ist der Vorrang des EG-Rechts einer der Grundpfeiler des Gemeinschaftsrechts. Dem Gerichtshof zufolge ergibt sich dieser Grundsatz aus der Besonderheit der Europäischen Gemeinschaft. Zum Zeitpunkt des ersten Urteiles im Rahmen dieser Rechtsprechung (Rechtssache 6/64, Costa gegen ENEL, 15 Juli 1964) war dieser Vorrang im Vertrag nicht erwähnt. Dies ist auch heuet noch der Fall. Die Tatsache, dass der Grundsatz dieses Vorrangs nicht in den künftigen Vertrag aufgenommen wird. ändert nichts an seiner Existenz und an der bestehenden Rechtsprechung des Gerichtshofs.“

unmissverständlich zu Europa und dessen Bestrebungen zur politischen und rechtlichen Einigung. Seine Einwendungen, die sich aus einer inzwischen zunehmend substantiierten Rechtsprechung ergeben, betreffen lediglich einige Aspekte der Entwicklung des Integrationsprozesses.

Sicherung der Grundrechtsschutzes des deutschen Grundgesetzes

Die einschlägigen Urteile des Bundesverfassungsgerichts aus den Anfangsjahren der europäischen Integration befassen sich mit dem Grundrechtsschutz der Europäischen Union. Sie bezwecken erklärtermaßen, den Standard des Grundrechtsschutzes, den das deutsche Grundgesetz gewährleistet, gegenüber einer Absenkung und Aushöhlung zu sichern, die durch die Entwicklung in Europa zu befürchten war. Der Vertrag über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft enthielt, obwohl sich die deutsche Delegation bei seiner Aushandlung um die Aufnahme von Grundrechten – vergeblich - bemüht hatte, keine Grundrechte, Da sich ferner der Europäische Gerichtshof zunächst nicht ersatzweise zur Anerkennung von Grundrechten durch Rechtsprechung bereit zu zeigen schien, befürchtete nicht nur das Bundesverfassungsgericht, dass das sich zunehmend ausbreitende Europäische Gemeinschaftsrecht, wenn es kraft seines Vorrangs die deutschen Grundrechte verdrängen würde, sich in Deutschland in einem grundrechtsfreien Raum entfalten könnte. Ohne die verdrängten grundrechtlichen Garantien des Grundgesetzes gäbe es in Deutschland, das den Grundrechtsschutz sehr hochhielte, gegenüber dem europäischen Recht keinen möglicherweise erforderlich werdenden Grundrechtsschutz. Das Bundesverfassungsgericht entschied daher in seinem wegweisendem Beschluss aus dem Jahr 1974, der als „Solange“ I – Entscheidung in die Geschichte eingegangen ist, dass es den Vorrang des europäischen Gemeinschaftsrechts für Deutschland nicht anerkennen könne, *solange* die Europäische Gemeinschaft keine den Grundrechten des Grundgesetzes gleichkommenden Grundrechte anerkenne.[4] Angetrieben durch die vom Bundesverfassungsgericht für sich in Anspruch genommene Befugnis, notfalls einer gesetzlichen Maßnahme der Europäischen Union wegen eines Grundrechtsverstoßes in Deutschland die Geltung zu versagen, war der Europäische Gerichtshof, unterstützt durch die Kommission, erkennbar bemüht, im Rahmen seiner richterlichen Spruchpraxis systematisch für die Europäischen Rechtsordnung eigene Grundrechte rechtsschöpferisch aus den gemeinsamen Grundprinzipien der Verfassungsrechtsordnungen der Mitgliedstaaten herzuleiten. In einem zweiten ebenso bedeutsamen Beschluss aus dem Jahr 1986, der als sog. „Solange“ II-Entscheidung in die Geschichte eingegangen ist, hat dann das Bundesverfassungsgericht klargestellt, dass es, *solange* die Europäische Gemeinschaft nunmehr ihrerseits Grundrechte gleicher Art wie die nationalen Grundrechte anerkenne, von seiner Prüf- und Verwerfungskompetenz keinen Gebrauch machen werde.[5]

Abwehr kompetenzüberschreitenden Handelns der Europäischen Union

Seit einem Urteil aus dem Jahr 1993 nimmt das Bundesverfassungsgericht inzwischen die Befugnis für sich in Anspruch, Rechtsakte der Europäischen Union (Verordnungen. Richtlinien sowie Entscheidungen) und auch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs darauf hin zu überprüfen, ob sie sich im Rahmen der Regelungs- und Entscheidungskompetenzen halten, die der Europäischen Union übertragen worden sind. Für den Fall, dass die Kompetenzen überschritten werden, es sich um sog. „utlra vires“ ergangene

[4] Beschluss vom 29, 4. 1974 - BVerfGE 37 S. 271 ff - Solange I
[5] Beschluss vom 22. Oktober 1986 – BVerfGE 73 S, 339 ff - Solange II

oder „ausbrechende Rechtsakte“ handele, betrachtet sich das Bundesverfassungsgericht für befugt, die Rechtsakte in Deutschland für unwirksam zu erklären.[6]

Die Europäische Union ist kein Staat, auch kein Bundesstaat, dem zum einen eine umfassende Regelungskompetenz und außerdem die Kompetenz zusteht, aus eigener Kraft weitere Kompetenzen für sich zu begründen (sog. Kompetenz-Kompetenz des Staates). Der Europäischen Union sind anders als einem Staat Handlungskompetenzen und Regelungsbefugnisse von den Mitgliedstaaten nach dem sog. Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung übertragen, die weder zusammen noch jede für sich eine „Kompetenz-Kompetenz“ begründen. Alle Organe der Europäischen Union sind vertragsrechtlich gehalten, ihre Kompetenzen nicht zu überscheiten, vielmehr strikt im Rahmen ihrer Einzelermächtigungen zu handeln. Aus der Sicht der Mitgliedstaaten, namentlich Deutschlands, neigt indes die Europäische Union, namentlich das Europäische Parlament und der Rat als ihr Gesetzgeber, dazu, vielfach „im Eifer des Gefechts“ und guten Glaubens „ultra vires“ zu handeln und die Grenzen ihrer Kompetenzen zu überschreiten. Zur Rechtfertigung wird dabei auf die sog. Dynamik des Integrationsprozesses verwiesen, die, soweit die europäische Zielsetzung gewahrt sei, auch ein gelegentliches kompetenzüberschreitendes Handeln legitimiere. Das Bundesverfassungsgericht vertritt gegenüber dieser Praxis und deren Rechtfertigung die grundsätzliche Auffassung, dass die Grenzen der Kompetenzen der Europäischen Union nicht durch Ziele des Integrationsprozesses und der Verträge, sondern durch ihre gegenständliche Umschreibung abgesteckt seien, d.h ein Schluss von den Zielen auf die Kompetenzen unzulässig sei. Vor allem müsse jegliche Ausübung der der Europäischen Union übertragenen Regelungskompetenzen und Hoheitsbefugnisse demokratisch legitimiert sein, was bei einer Überschreitung der Kompetenzen, die sich aus der viel beschworenen Dynamik des Integrationsprozesses ergebe, nicht notwendig der Fall sei. Die demokratische Legitimierung für ihr Handeln erhielten die Organe der Europäischen Union durch die nationalen Parlamente, die den vorausgegangenen Befugnisübertragungen zuzustimmen hatten. Deren Zustimmung umfasse die übertragenen Hoheitsrechte indes nur in den Grenzen, in denen sie sich im Zeitpunkt der Übertragung darstellten. Überdehnungen oder Überschreitungen ihrer Kompetenzen durch die Organe der Europäischen Union können zumindest dann nicht von der Zustimmung der Parlamente als mit umfasst und damit demokratisch legitimiert angesehen werden, wenn sie bei der Einräumung der Kompetenzen für die Parlamente nicht sichtbar waren und nicht in Kauf genommen werden konnten. Das Europäische Parlament verschaffe dem europäischen Gesetzgeber bei der – möglicherweise grenzüberschreitenden - Ausübung seiner Kompetenzen zwar bedeutsame zentrale Legitimation, nicht aber bei fehlender lateraler Legitimation durch die nationalen Parlamente in ausreichender Weise Ersatzlegitimation. Das Europäische Parlament sei als ein Vielvölkerparlament mit einem echten Bundesparlament nicht vergleichbar. Seine Abgeordneten seien nicht Vertreter einer „civitas europaea“, d.h. einem als Willens- und Schicksalsgemeinschaft zu begreifenden Verbund aller Unionsbürger, sondern jeweils Vertreter des Volkes des einzelnen Mitgliedstaates. Sie werden außerdem nicht nach dem demokratischen Grundsatz der Gleichheit des Wahlrechts gewählt, so dass die Stimmen der Unionsbürger bei Entscheidungen des Europäischen Parlaments beträchtlich unterschiedliches Gewicht hätten.

Die „Ultra vires“-Kontrolle des Bundesverfassungsgerichts gilt erster Linie Kompetenzen, die nicht auseichend gegenständlich umschrieben oder zu umschreiben sind und daher im Zuge der Dynamik, der dem Integrationsprozess eigen ist, leichter einer grenzüberschreitenden Inanspruchnahme zugänglich sind. Indes brauchte das Bundesverfassungsgericht bislang noch

[6] Urteil vom 12. Oktober 1993 – BVerfGE 89 S. 155 ff - Maastricht

keinem Rechtsakt der Europäischen Union, insbesondere auch noch keinem Urteil des Europäischen Gerichtshofs in Deutschland mangels nicht ausreichender demokratischer Legitimation die Wirkung zu versagen.

Regelung der „Integrationsverantwortung“ der deutschen Verfassungsorgane

Das Bundesverfassungsgericht ist darum bemüht, es zu einer Kontrolle und zu einer etwaigen Verwerfung „ausbrechender Rechtsakte“ nicht erst kommen zu lassen. Mit einem Urteil aus dem Jahr 2009 [7] hat es für sog. „offene Regelungskompetenzen“, auf deren Übertragung durch die Mitgliedstaaten die Europäischen Union nicht glaubt verzichten zu können, für die in Deutschland bei der Ausübung dieser Kompetenzen beteiligten Organe eine besondere Regelung getroffen, durch die das Defizit und die Lücke an Demokratie bei ihrer Inanspruchnahme behoben werden. Die deutsche Regierung ist als Mitglied des Rates nach der Neuregelung der „Integrationsverantwortung“ vor ihrer Beteiligung, insbesondere vor ihrer Zustimmung im Rat der Europäischen Union verpflichtet, eine Ermächtigung des Bundestages sowie erforderlichenfalls zusätzlich des Bundesrates im Form eines Bundesgesetzes, in weniger gravierenden Fällen eines vereinfachten Beschlusses einzuholen und ist damit von Verfassungswegen bei der Ausübung ihres Stimmrechts im Rat an Weisungen des Gesetzgebers gebunden. Mit der Einbindung des Bundestages und des Bundesrates in die Ausübung offener Kompetenzen oder von Kompetenzen, die als Folge der Dynamik des Integrationsprozesses unvorhersehbarer Weise anders als bei der Übertragung angenommen ausgeübt werden, ist dadurch die demokratische Legitimierung gewahrt.

Die lediglich innerstaatlich zur Wirkung gelangende Regelung der „Integrationsverantwortung“ schützt nicht gegen jegliches Handeln der Organe der Europäischen Union, das die ihr gesetzten Grenzen überschreitet. So ist der Europäischen Zentralbank durch das Verbot der Finanzierung mitgliedstaatlicher Haushalte durch Zentralbankkredite – sog. monetäre Finanzierung - sowie durch das auch für sie geltende Verbot eines finanziellen Beistands zugunsten von in Haushaltsnot geratener Mitgliedstaaten der Währungszone, der Erwerb staatlicher Anleihen dieser Mitgliedstaaten, sofern dieser nicht aus geldpolitischen Gründen erforderlich ist, europarechtlich verboten. Die Aufkäufe der Anleihen können längerfristig über eine mit ihnen verbundene Geldentwertung Einkommensverschiebungen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten und außerdem auch innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten zwischen Bevölkerungsgruppen nicht kontrollierbare und sozialpolitisch nicht vertretbare Folgen haben. Ob die Ankäufe der Europäischen Zentralbank und der Erwerb solcher Anleihen durch die in die Ankaufsaktion einbezogenen nationalen Zentralbanken als „ausbrechende Rechtsakte“ im Sinne der Rechtsprechung des Bundsverfassungsgerichts einzustufen sind und in welcher Form ihnen in Deutschland gegebenenfalls die Wirkung versagt werden kann, sind offene Fragen.

Grenzziehungen des Grundgesetzes für die Übertragung von Befugnissen

Anders ausgerichtet als die Kompetenzkontrolle ist die vom Bundesverfassungsgericht für sich in Anspruch genommene und in jüngster Zeit verstärkt ins Rampenlicht geratene Befugnis, für die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union absolute Grenzen zu setzen. Das Bundesverfassungsgericht hat klargestellt, dass die Ermächtigungen des Grundgesetzes für eine Beteiligung Deutschlands an einer etwaigen Umwandlung der Europäischen Union von einem Staatenbund in einen Bundesstaat nicht ausreichen. Die Äußerung des Bundesverfassungsgericht ist insofern nicht verständlich, als die Erfahrungen

[7] Urteil vom 30. Juni 2009 BVerfGE 123 S.267, 329 ff. - Lissabon

der Vergangenheit mit bloßen Anläufen zu einer Umwandlung der Europäischen Union in einen Bundesstaat keinen Anlass zu der Befürchtung geben, dass in absehbarer Zeit mit einer Umstrukturierung der derzeitigen „United Nations of Europe“ zu einem bundesstaatlichen „United Europe“ zu rechnen ist.[8]

Das Bundesverfassungsgericht zieht des Weiteren „zur Erhaltung des sog Identitätskerns der Verfassung“ einer Übertragung von Hoheitsrechten auf die staatenbündische Europäische Union eine Grenze insofern, als seiner Auffassung nach Kernfunktionen der deutschen Staatlichkeit nicht auf die Europäische Union verlagert werden dürfen[9]. Die europäische Einigung auf der Grundlage einer Vertragsunion souveräner Staaten (dürfe) nicht so verwirklicht werden, dass in den Mitgliedstaaten kein ausreichender Raum zur politischen Gestaltung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebensverhältnisse mehr bleibe. Dies gilt nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts „insbesondere für Sachbereiche, die die Lebensumstände der Bürger, vor allem ihren von den Grundrechten geschützten privaten Raum der Eigenverantwortung und der persönlichen und sozialen Sicherheit prägten, sowie für solche politischen Entscheidungen, die in besonderer Weise auf kulturelle, historische und sprachliche Vorverständnisse angewiesen (seien), und die sich im parteipolitisch und parlamentarisch organisierten Raum einer politischen Öffentlichkeit diskursiv entfalteten“.[10] Zu den nach Auffassung des Bundesverfassungsgericht den Mitgliedstaaten vorbehaltenen „intgrationsfesten“ staatlichen Handlungsbereichen zählt nicht das Geld- und Währungswesen, das beispielsweise nach britischem Verfassungsverständnis als staatliche „core function“ der Europäischen Union nicht übertragen werden dürfte. Dagegen hat das Bundesverfassungsgericht in seiner jüngsten Äußerung zu diesem Fragenbereich die sog. Finanz- und Budgethoheit des Staates, d.h. die Befugnis zur Erhebung von Einnahmen und die Befugnis zur Gewährung staatlicher Leistungen dem unveräußerlichen Kern der staatlichen Gestaltungshoheit zugerechnet. Im Hinblick auf die aktuellen Bemühungen der Europäischen Union, einigen Ländern der Währungszone zwecks Erhaltung der Währungsunion unter die Arme zu greifen, führt das Bundesverfassungsgericht erläuternd aus, dass die „Entscheidung über Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand ein grundlegender Teil der demokratischen Selbstgestaltungsfähigkeit im Verfassungsstaat sei“ und dass „als Repräsentanten des Volkes die gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages auch in einem System des intergouvernementalen Regierens die Kontrolle über grundlegende Entscheidungen behalten müssten“.[11]

---

[8] Im Zuge der bundesstaatlichen Verfestigung der Europäischen Union müsste als erstes das Europäische Parlament, das ein Vielvölkerparlament ist, in ein echtes Bundesparlament umgewandelt werden, in dem Sinne, dass seine Abgeordneten ungeachtet der Belange kleiner und kleinerer Mitgliedstaaten nach dem Grundsatz des gleichen Wahlrechts der Unionsbürger gewählt werden. Eine weitere, ebenfalls unerlässliche Voraussetzung wäre die Umwandlung des Rates als dann zweites Gesetzgebungsorgan in eine Staatenkammer. Die Staatenkammer wäre dem Parlament zumindest gleich-, wenn nicht sogar übergeordnet und hätte einen Ausgleich zugunsten der kleineren und keinen Mitgliedstaaten durch eine neue Stimmgewichtung dafür zu schaffen, dass im Parlament nunmehr geltende Gleichheit des Wahlrechts für die kleineren und kleinen Mitgliedstaaten mit einem Verlust an Einfluss verbunden wäre. Luxemburg und Malta würden andernfalls von der Landkarte verschwinden. Weitere unerlässliche Maßnahmen, wie einschlägige Studien belegen, lassen es gleichermaßen als unwahrscheinlich erscheinen, dass die Mitliedstaaten zu einer Umwandlung der Europäischen Union bereit sind.

[9] Bereits in seinem Urteil zum Vertrag von Lissabon, Fn. 7, erneut Urteil vom 7. September 2011 - noch nicht in der amtlichen Sammlung, Europarecht, Heft 5/2011 S. 828 ff, - Griechenlandhilfe und Euro-Rettungsschirm

[10] Leitsatz 3 zum Urteil vom 30. Juni 2009 Lissabon, Fn. 7, auch Randziffer 249

[11] Leitsatz 2 zum Urteil vom 7. September 2011 - Griechenlandhilfe und Euro-Rettungsschirm -, oben Fn.9

Das Bundesverfassungsgericht wird in Bälde nach der anstehenden und zu erwartenden Ratifizierung des Vertrages über die Einrichtung eines dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) durch den Bundestag und den Bundesrat erneut Gelegenheit haben, den „harten Kern“ staatlicher Gestaltungsmacht erneut abzustecken, der durch Übertragung von Befugnissen auf die Europäische Union nicht ausgehöhlt oder geschmälert werden dürfe.

Die einschlägige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts als „cantus firmus“ für die anderen nationalen Verfassungsgerichtshöfe und obersten Gerichte

In den anderen Mitgliedstaaten ist – von Ansätzen abgesehen - eine vergleichbare Einschaltung der Verfassungsgerichtshöfe oder der obersten Gerichte nicht zu vermerken. Das Bundesverfassungsgericht könnte aber in dieser Hinsicht Vorreiter sein. Denn die erklärte und erkennbare Zielsetzung des Bundesverfassungsgerichts ist, die Grundsätze von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union - zusammen und in Kooperation mit den Organen der Europäischen Union - zu stärken. Diese Zielsetzung dürfte bei den Verfassungsgerichtshöfen der anderen Mitgliedstaaten Sympathie und Anerkennung finden, so dass sich die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auf längere Sicht als Motor erweisen könnte. Wenn die Organe der Europäischen Union - wie bei der Griechenlandhilfe und dem Euro-Rettungsschirm - der Rat, die Kommission und die Europäische Zentralbank unter Duldung des Europäischen Parlaments Maßnahmen beschließen, die sich mit Regelungen der Europäischen Unionsrechts nur schwer vereinbaren lassen oder sogar gegen diese verstoßen, kommt es nicht zur Anrufung des Europäischen Gerichtshofes. Private haben keine Klagebefugnis und die Einräumung einer individuellen Verfassungsbeschwerde nach dem Vorbild der Straßburger Konvention für Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie nach dem deutschen Grundgesetz hat ihnen der „Konvent für Europa“ bei der Erarbeitung des – später gescheiterten - Vertrages „über eine Verfassung für Europa“ und diesem folgend der Vertrag von Lissabon bewusst versagt. Die dadurch faktisch entstandene Lücke im gerichtlichen Rechtsschutz der Europäischen Union hebt keineswegs begangene Rechtsverstöße nach einem irrigen Rechtsgrundsatz *„nullum ius sine actore*“ (ohne Klagebefugnisse kein Recht) objektiv auf. Die durch das Zusammenwirken der Organe der Europäischen Union faktisch ausgehebelte Funktion des Europäischen Gerichtshofs als geborener „Gralshüter des Europäischen Unionsrechts“ könnte aber, falls sich solche Aushebelungen der europäischen Gerichtsbarkeit wiederholten, ins Wanken geraten. Die Einschaltung der nationalen Gerichte nach dem Vorbild des Bundesverfassungsgerichts, durch die die Rechtsverstöße der europäischen Ebene zwar nicht gebrandmarkt werden könnten, jedoch in die Öffentlichkeit getragen würden, trüge zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union bei.

Literaturhinweise

Bergmann, Jan (Hrsg.) (2012) Handbuch der Europäischen Union, Nomos Verlag Baden-Baden, 4. Auflage

Martin Büdenbender, Das Verhältnis des Europäischen Gerichtshofs zum Bundesverfassungsgericht, Band 34,

Albert Bleckmann / Ulrich Pieper / Volker Epping Hrsg., Schriftenreihe Völkerrecht / Europarecht / Staatsrecht, Köln Berlin München, 2004

2010		
B01-10	**Der Euro - Schutzschild oder Falle?**	*Martin Seidel*
2009		
B02-09	**Budget structure and reelection prospects: empirical evidence from French local elections**	*Cassette et al.*
B01-09	**Fiscal Federalism in Germany: Stabilization and Redistribution Before and After Unification**	*Ralf Hepp, Jürgen von Hagen*
2008		
B01-08	**Euro-Diplomatie durch gemeinsame „Wirtschaftsregierung“**	*Martin Seidel*
2007		
B03-07	**Löhne und Steuern im Systemwettbewerb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union**	*Martin Seidel*
B02-07	**Konsolidierung und Reform der Europäischen Union**	*Martin Seidel*
B01-07	**The Ratification of European Treaties - Legal and Constitutional Basis of a European Referendum**	*Martin Seidel*
2006		
B03-06	**Financial Frictions, Capital Reallocation, and Aggregate Fluctuations**	*Jürgen von Hagen, Haiping Zhang*
B02-06	**Financial Openness and Macroeconomic Volatility**	*Jürgen von Hagen, Haiping Zhang*
B01-06	**A Welfare Analysis of Capital Account Liberalization**	*Jürgen von Hagen, Haiping Zhang*
2005		
B11-05	**Das Kompetenz- und Entscheidungssystem des Vertrages von Rom im Wandel seiner Funktion und Verfassung**	*Martin Seidel*
B10-05	**Die Schutzklauseln der Beitrittsverträge**	*Martin Seidel*
B09-05	**Measuring Tax Burdens in Europe**	*Guntram B. Wolff*
B08-05	**Remittances as Investment in the Absence of Altruism**	*Gabriel González-König*
B07-05	**Economic Integration in a Multicone World?**	*Christian Volpe Martincus, Jennifer Pédussel Wu*
B06-05	**Banking Sector (Under?)Development in Central and Eastern Europe**	*Jürgen von Hagen, Valeriya Dinger*
B05-05	**Regulatory Standards Can Lead to Predation**	*Stefan Lutz*
B04-05	**Währungspolitik als Sozialpolitik**	*Martin Seidel*
B03-05	**Public Education in an Integrated Europe: Studying to Migrate and Teaching to Stay?**	*Panu Poutvaara*
B02-05	**Voice of the Diaspora: An Analysis of Migrant Voting Behavior**	*Jan Fidrmuc, Orla Doyle*
B01-05	**Macroeconomic Adjustment in the New EU Member States**	*Jürgen von Hagen, Iulia Traistaru*
2004		
B33-04	**The Effects of Transition and Political Instability On Foreign Direct Investment Inflows: Central Europe and the Balkans**	*Josef C. Brada, Ali M. Kutan, Taner M. Yigit*
B32-04	**The Choice of Exchange Rate Regimes in Developing Countries: A Mulitnominal Panal Analysis**	*Jürgen von Hagen, Jizhong Zhou*
B31-04	**Fear of Floating and Fear of Pegging: An Empirical Anaysis of De Facto Exchange Rate Regimes in Developing Countries**	*Jürgen von Hagen, Jizhong Zhou*
B30-04	**Der Vollzug von Gemeinschaftsrecht über die Mitgliedstaaten und seine Rolle für die EU und den Beitrittsprozess**	*Martin Seidel*
B29-04	**Deutschlands Wirtschaft, seine Schulden und die Unzulänglichkeiten der einheitlichen Geldpolitik im Eurosystem**	*Dieter Spethmann, Otto Steiger*
B28-04	**Fiscal Crises in U.S. Cities: Structural and Non-structural Causes**	*Guntram B. Wolff*
B27-04	**Firm Performance and Privatization in Ukraine**	*Galyna Grygorenko, Stefan Lutz*
B26-04	**Analyzing Trade Opening in Ukraine: Effects of a Customs Union with the EU**	*Oksana Harbuzyuk, Stefan Lutz*
B25-04	**Exchange Rate Risk and Convergence to the Euro**	*Lucjan T. Orlowski*
B24-04	**The Endogeneity of Money and the Eurosystem**	*Otto Steiger*
B23-04	**Which Lender of Last Resort for the Eurosystem?**	*Otto Steiger*

B22-04	**Non-Discretonary Monetary Policy: The Answer for Transition Economies?**	*Elham-Mafi Kreft, Steven F. Kreft*
B21-04	**The Effectiveness of Subsidies Revisited: Accounting for Wage and Employment Effects in Business R+D**	*Volker Reinthaler, Guntram B. Wolff*
B20-04	**Money Market Pressure and the Determinants of Banking Crises**	*Jürgen von Hagen, Tai-kuang Ho*
B19-04	**Die Stellung der Europäischen Zentralbank nach dem Verfassungsvertrag**	*Martin Seidel*
B18-04	**Transmission Channels of Business Cycles Synchronization in an Enlarged EMU**	*Iulia Traistaru*
B17-04	**Foreign Exchange Regime, the Real Exchange Rate and Current Account Sustainability: The Case of Turkey**	*Sübidey Togan, Hasan Ersel*
B16-04	**Does It Matter Where Immigrants Work? Traded Goods, Nontraded Goods, and Sector Specific Employment**	*Harry P. Bowen, Jennifer Pédussel Wu*
B15-04	**Do Economic Integration and Fiscal Competition Help to Explain Local Patterns?**	*Christian Volpe Martincus*
B14-04	**Euro Adoption and Maastricht Criteria: Rules or Discretion?**	*Jiri Jonas*
B13-04	**The Role of Electoral and Party Systems in the Development of Fiscal Institutions in the Central and Eastern European Countries**	*Sami Yläoutinen*
B12-04	**Measuring and Explaining Levels of Regional Economic Integration**	*Jennifer Pédussel Wu*
B11-04	**Economic Integration and Location of Manufacturing Activities: Evidence from MERCOSUR**	*Pablo Sanguinetti, Iulia Traistaru, Christian Volpe Martincus*
B10-04	**Economic Integration and Industry Location in Transition Countries**	*Laura Resmini*
B09-04	**Testing Creditor Moral Hazard in Souvereign Bond Markets: A Unified Theoretical Approach and Empirical Evidence**	*Ayse Y. Evrensel, Ali M. Kutan*
B08-04	**European Integration, Productivity Growth and Real Convergence**	*Taner M. Yigit, Ali M. Kutan*
B07-04	**The Contribution of Income, Social Capital, and Institutions to Human Well-being in Africa**	*Mina Baliamoune-Lutz, Stefan H. Lutz*
B06-04	**Rural Urban Inequality in Africa: A Panel Study of the Effects of Trade Liberalization and Financial Deepening**	*Mina Baliamoune-Lutz, Stefan H. Lutz*
B05-04	**Money Rules for the Eurozone Candidate Countries**	*Lucjan T. Orlowski*
B04-04	**Who is in Favor of Enlargement? Determinants of Support for EU Membership in the Candidate Countries' Referenda**	*Orla Doyle, Jan Fidrmuc*
B03-04	**Over- and Underbidding in Central Bank Open Market Operations Conducted as Fixed Rate Tender**	*Ulrich Bindseil*
B02-04	**Total Factor Productivity and Economic Freedom Implications for EU Enlargement**	*Ronald L. Moomaw, Euy Seok Yang*
B01-04	**Die neuen Schutzklauseln der Artikel 38 und 39 des Beitrittsvertrages: Schutz der alten Mitgliedstaaten vor Störungen durch die neuen Mitgliedstaaten**	*Martin Seidel*
2003		
B29-03	**Macroeconomic Implications of Low Inflation in the Euro Area**	*Jürgen von Hagen, Boris Hofmann*
B28-03	**The Effects of Transition and Political Instability on Foreign Direct Investment: Central Europe and the Balkans**	*Josef C. Brada, Ali M. Kutan, Taner M. Yigit*
B27-03	**The Performance of the Euribor Futures Market: Efficiency and the Impact of ECB Policy Announcements (Electronic Version of International Finance)**	*Kerstin Bernoth, Juergen von Hagen*
B26-03	**Souvereign Risk Premia in the European Government Bond Market (überarbeitete Version zum Herunterladen)**	*Kerstin Bernoth, Juergen von Hagen, Ludger Schulknecht*
B25-03	**How Flexible are Wages in EU Accession Countries?**	*Anna Iara, Iulia Traistaru*
B24-03	**Monetary Policy Reaction Functions: ECB versus Bundesbank**	*Bernd Hayo, Boris Hofmann*

B23-03	**Economic Integration and Manufacturing Concentration Patterns: Evidence from Mercosur**	*Iulia Traistaru, Christian Volpe Martincus*
B22-03	**Reformzwänge innerhalb der EU angesichts der Osterweiterung**	*Martin Seidel*
B21-03	**Reputation Flows: Contractual Disputes and the Channels for Inter-Firm Communication**	*William Pyle*
B20-03	**Urban Primacy, Gigantism, and International Trade: Evidence from Asia and the Americas**	*Ronald L. Moomaw, Mohammed A. Alwosabi*
B19-03	**An Empirical Analysis of Competing Explanations of Urban Primacy Evidence from Asia and the Americas**	*Ronald L. Moomaw, Mohammed A. Alwosabi*
B18-03	**The Effects of Regional and Industry-Wide FDI Spillovers on Export of Ukrainian Firms**	*Stefan H. Lutz, Oleksandr Talavera, Sang-Min Park*
B17-03	**Determinants of Inter-Regional Migration in the Baltic States**	*Mihails Hazans*
B16-03	**South-East Europe: Economic Performance, Perspectives, and Policy Challenges**	*Iulia Traistaru, Jürgen von Hagen*
B15-03	**Employed and Unemployed Search: The Marginal Willingness to Pay for Attributes in Lithuania, the US and the Netherlands**	*Jos van Ommeren, Mihails Hazans*
B14-03	**FCIs and Economic Activity: Some International Evidence**	*Charles Goodhart, Boris Hofmann*
B13-03	**The IS Curve and the Transmission of Monetary Policy: Is there a Puzzle?**	*Charles Goodhart, Boris Hofmann*
B12-03	**What Makes Regions in Eastern Europe Catching Up? The Role of Foreign Investment, Human Resources, and Geography**	*Gabriele Tondl, Goran Vuksic*
B11-03	**Die Weisungs- und Herrschaftsmacht der Europäischen Zentralbank im europäischen System der Zentralbanken - eine rechtliche Analyse**	*Martin Seidel*
B10-03	**Foreign Direct Investment and Perceptions of Vulnerability to Foreign Exchange Crises: Evidence from Transition Economies**	*Josef C. Brada, Vladimír Tomsík*
B09-03	**The European Central Bank and the Eurosystem: An Analysis of the Missing Central Monetary Institution in European Monetary Union**	*Gunnar Heinsohn, Otto Steiger*
B08-03	**The Determination of Capital Controls: Which Role Do Exchange Rate Regimes Play?**	*Jürgen von Hagen, Jizhong Zhou*
B07-03	**Nach Nizza und Stockholm: Stand des Binnenmarktes und Prioritäten für die Zukunft**	*Martin Seidel*
B06-03	**Fiscal Discipline and Growth in Euroland. Experiences with the Stability and Growth Pact**	*Jürgen von Hagen*
B05-03	**Reconsidering the Evidence: Are Eurozone Business Cycles Converging?**	*Michael Massmann, James Mitchell*
B04-03	**Do Ukrainian Firms Benefit from FDI?**	*Stefan H. Lutz, Oleksandr Talavera*
B03-03	**Europäische Steuerkoordination und die Schweiz**	*Stefan H. Lutz*
B02-03	**Commuting in the Baltic States: Patterns, Determinants, and Gains**	*Mihails Hazans*
B01-03	**Die Wirtschafts- und Währungsunion im rechtlichen und politischen Gefüge der Europäischen Union**	*Martin Seidel*
2002		
B30-02	**An Adverse Selection Model of Optimal Unemployment Assurance**	*Marcus Hagedorn, Ashok Kaul, Tim Mennel*
B29B-02	**Trade Agreements as Self-protection**	*Jennifer Pédussel Wu*
B29A-02	**Growth and Business Cycles with Imperfect Credit Markets**	*Debajyoti Chakrabarty*
B28-02	**Inequality, Politics and Economic Growth**	*Debajyoti Chakrabarty*
B27-02	**Poverty Traps and Growth in a Model of Endogenous Time Preference**	*Debajyoti Chakrabarty*
B26-02	**Monetary Convergence and Risk Premiums in the EU Candidate Countries**	*Lucjan T. Orlowski*
B25-02	**Trade Policy: *Institutional* Vs. *Economic* Factors**	*Stefan Lutz*
B24-02	**The Effects of Quotas on Vertical Intra-industry Trade**	*Stefan Lutz*

B23-02	**Legal Aspects of European Economic and Monetary Union**	*Martin Seidel*
B22-02	**Der Staat als *Lender of Last Resort* - oder: Die Achillesverse des Eurosystems**	*Otto Steiger*
B21-02	**Nominal and Real Stochastic Convergence Within the Transition Economies and to the European Union: Evidence from Panel Data**	*Ali M. Kutan, Taner M. Yigit*
B20-02	**The Impact of News, Oil Prices, and International Spillovers on Russian Fincancial Markets**	*Bernd Hayo, Ali M. Kutan*
B19-02	**East Germany: Transition with Unification, Experiments and Experiences**	*Jürgen von Hagen, Rolf R. Strauch, Guntram B. Wolff*
B18-02	**Regional Specialization and Employment Dynamics in Transition Countries**	*Iulia Traistaru, Guntram B. Wolff*
B17-02	**Specialization and Growth Patterns in Border Regions of Accession Countries**	*Laura Resmini*
B16-02	**Regional Specialization and Concentration of Industrial Activity in Accession Countries**	*Iulia Traistaru, Peter Nijkamp, Simonetta Longhi*
B15-02	**Does Broad Money Matter for Interest Rate Policy?**	*Matthias Brückner, Andreas Schaber*
B14-02	**The Long and Short of It: Global Liberalization, Poverty and Inequality**	*Christian E. Weller, Adam Hersch*
B13-02	**De Facto and Official Exchange Rate Regimes in Transition Economies**	*Jürgen von Hagen, Jizhong Zhou*
B12-02	**Argentina: The Anatomy of A Crisis**	*Jiri Jonas*
B11-02	**The Eurosystem and the Art of Central Banking**	*Gunnar Heinsohn, Otto Steiger*
B10-02	**National Origins of European Law: Towards an Autonomous System of European Law?**	*Martin Seidel*
B09-02	**Monetary Policy in the Euro Area - Lessons from the First Years**	*Volker Clausen, Bernd Hayo*
B08-02	**Has the Link Between the Spot and Forward Exchange Rates Broken Down? Evidence From Rolling Cointegration Tests**	*Ali M. Kutan, Su Zhou*
B07-02	**Perspektiven der Erweiterung der Europäischen Union**	*Martin Seidel*
B06-02	**Is There Asymmetry in Forward Exchange Rate Bias? Multi-Country Evidence**	*Su Zhou, Ali M. Kutan*
B05-02	**Real and Monetary Convergence Within the European Union and Between the European Union and Candidate Countries: A Rolling Cointegration Approach**	*Josef C. Brada, Ali M. Kutan, Su Zhou*
B04-02	**Asymmetric Monetary Policy Effects in EMU**	*Volker Clausen, Bernd Hayo*
B03-02	**The Choice of Exchange Rate Regimes: An Empirical Analysis for Transition Economies**	*Jürgen von Hagen, Jizhong Zhou*
B02-02	**The Euro System and the Federal Reserve System Compared: Facts and Challenges**	*Karlheinz Ruckriegel, Franz Seitz*
B01-02	**Does Inflation Targeting Matter?**	*Manfred J. M. Neumann, Jürgen von Hagen*
2001		
B29-01	**Is Kazakhstan Vulnerable to the Dutch Disease?**	*Karlygash Kuralbayeva, Ali M. Kutan, Michael L. Wyzan*
B28-01	**Political Economy of the Nice Treaty: Rebalancing the EU Council. The Future of European Agricultural Policies**	*Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum*
B27-01	**Investor Panic, IMF Actions, and Emerging Stock Market Returns and Volatility: A Panel Investigation**	*Bernd Hayo, Ali M. Kutan*
B26-01	**Regional Effects of Terrorism on Tourism: Evidence from Three Mediterranean Countries**	*Konstantinos Drakos, Ali M. Kutan*
B25-01	**Monetary Convergence of the EU Candidates to the Euro: A Theoretical Framework and Policy Implications**	*Lucjan T. Orlowski*
B24-01	**Disintegration and Trade**	*Jarko and Jan Fidrmuc*
B23-01	**Migration and Adjustment to Shocks in Transition Economies**	*Jan Fidrmuc*
B22-01	**Strategic Delegation and International Capital Taxation**	*Matthias Brückner*

B21-01	**Balkan and Mediterranean Candidates for European Union Membership: The Convergence of Their Monetary Policy With That of the Europaen Central Bank**	*Josef C. Brada, Ali M. Kutan*
B20-01	**An Empirical Inquiry of the Efficiency of Intergovernmental Transfers for Water Projects Based on the WRDA Data**	*Anna Rubinchik-Pessach*
B19-01	**Detrending and the Money-Output Link: International Evidence**	*R.W. Hafer, Ali M. Kutan*
B18-01	**Monetary Policy in Unknown Territory. The European Central Bank in the Early Years**	*Jürgen von Hagen, Matthias Brückner*
B17-01	**Executive Authority, the Personal Vote, and Budget Discipline in Latin American and Carribean Countries**	*Mark Hallerberg, Patrick Marier*
B16-01	**Sources of Inflation and Output Fluctuations in Poland and Hungary: Implications for Full Membership in the European Union**	*Selahattin Dibooglu, Ali M. Kutan*
B15-01	**Programs Without Alternative: Public Pensions in the OECD**	*Christian E. Weller*
B14-01	**Formal Fiscal Restraints and Budget Processes As Solutions to a Deficit and Spending Bias in Public Finances - U.S. Experience and Possible Lessons for EMU**	*Rolf R. Strauch, Jürgen von Hagen*
B13-01	**German Public Finances: Recent Experiences and Future Challenges**	*Jürgen von Hagen, Rolf R. Strauch*
B12-01	**The Impact of Eastern Enlargement On EU-Labour Markets. Pensions Reform Between Economic and Political Problems**	*Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum*
B11-01	**Inflationary Performance in a Monetary Union With Large Wage Setters**	*Lilia Cavallar*
B10-01	**Integration of the Baltic States into the EU and Institutions of Fiscal Convergence: A Critical Evaluation of Key Issues and Empirical Evidence**	*Ali M. Kutan, Niina Pautola-Mol*
B09-01	**Democracy in Transition Economies: Grease or Sand in the Wheels of Growth?**	*Jan Fidrmuc*
B08-01	**The Functioning of Economic Policy Coordination**	*Jürgen von Hagen, Susanne Mundschenk*
B07-01	**The Convergence of Monetary Policy Between Candidate Countries and the European Union**	*Josef C. Brada, Ali M. Kutan*
B06-01	**Opposites Attract: The Case of Greek and Turkish Financial Markets**	*Konstantinos Drakos, Ali M. Kutan*
B05-01	**Trade Rules and Global Governance: A Long Term Agenda. The Future of Banking.**	*Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum*
B04-01	**The Determination of Unemployment Benefits**	*Rafael di Tella, Robert J. MacCulloch*
B03-01	**Preferences Over Inflation and Unemployment: Evidence from Surveys of Happiness**	*Rafael di Tella, Robert J. MacCulloch, Andrew J. Oswald*
B02-01	**The Konstanz Seminar on Monetary Theory and Policy at Thirty**	*Michele Fratianni, Jürgen von Hagen*
B01-01	**Divided Boards: Partisanship Through Delegated Monetary Policy**	*Etienne Farvaque, Gael Lagadec*

2000

B20-00	**Breakin-up a Nation, From the Inside**	*Etienne Farvaque*
B19-00	**Income Dynamics and Stability in the Transition Process, general Reflections applied to the Czech Republic**	*Jens Hölscher*
B18-00	**Budget Processes: Theory and Experimental Evidence**	*Karl-Martin Ehrhart, Roy Gardner, Jürgen von Hagen, Claudia Keser*
B17-00	**Rückführung der Landwirtschaftspolitik in die Verantwortung der Mitgliedsstaaten? - Rechts- und Verfassungsfragen des Gemeinschaftsrechts**	*Martin Seidel*

B16-00	**The European Central Bank: Independence and Accountability**	*Christa Randzio-Plath, Tomasso Padoa-Schioppa*
B15-00	**Regional Risk Sharing and Redistribution in the German Federation**	*Jürgen von Hagen, Ralf Hepp*
B14-00	**Sources of Real Exchange Rate Fluctuations in Transition Economies: The Case of Poland and Hungary**	*Selahattin Dibooglu, Ali M. Kutan*
B13-00	**Back to the Future: The Growth Prospects of Transition Economies Reconsidered**	*Nauro F. Campos*
B12-00	**Rechtsetzung und Rechtsangleichung als Folge der Einheitlichen Europäischen Währung**	*Martin Seidel*
B11-00	**A Dynamic Approach to Inflation Targeting in Transition Economies**	*Lucjan T. Orlowski*
B10-00	**The Importance of Domestic Political Institutions: Why and How Belgium Qualified for EMU**	*Marc Hallerberg*
B09-00	**Rational Institutions Yield Hysteresis**	*Rafael Di Tella, Robert MacCulloch*
B08-00	**The Effectiveness of Self-Protection Policies for Safeguarding Emerging Market Economies from Crises**	*Kenneth Kletzer*
B07-00	**Financial Supervision and Policy Coordination in The EMU**	*Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum*
B06-00	**The Demand for Money in Austria**	*Bernd Hayo*
B05-00	**Liberalization, Democracy and Economic Performance during Transition**	*Jan Fidrmuc*
B04-00	**A New Political Culture in The EU - Democratic Accountability of the ECB**	*Christa Randzio-Plath*
B03-00	**Integration, Disintegration and Trade in Europe: Evolution of Trade Relations during the 1990's**	*Jarko Fidrmuc, Jan Fidrmuc*
B02-00	**Inflation Bias and Productivity Shocks in Transition Economies: The Case of the Czech Republic**	*Josef C. Barda, Arthur E. King, Ali M. Kutan*
B01-00	**Monetary Union and Fiscal Federalism**	*Kenneth Kletzer, Jürgen von Hagen*
1999		
B26-99	**Skills, Labour Costs, and Vertically Differentiated Industries: A General Equilibrium Analysis**	*Stefan Lutz, Alessandro Turrini*
B25-99	**Micro and Macro Determinants of Public Support for Market Reforms in Eastern Europe**	*Bernd Hayo*
B24-99	**What Makes a Revolution?**	*Robert MacCulloch*
B23-99	**Informal Family Insurance and the Design of the Welfare State**	*Rafael Di Tella, Robert MacCulloch*
B22-99	**Partisan Social Happiness**	*Rafael Di Tella, Robert MacCulloch*
B21-99	**The End of Moderate Inflation in Three Transition Economies?**	*Josef C. Brada, Ali M. Kutan*
B20-99	**Subnational Government Bailouts in Germany**	*Helmut Seitz*
B19-99	**The Evolution of Monetary Policy in Transition Economies**	*Ali M. Kutan, Josef C. Brada*
B18-99	**Why are Eastern Europe's Banks not failing when everybody else's are?**	*Christian E. Weller, Bernard Morzuch*
B17-99	**Stability of Monetary Unions: Lessons from the Break-Up of Czechoslovakia**	*Jan Fidrmuc, Julius Horvath and Jarko Fidrmuc*
B16-99	**Multinational Banks and Development Finance**	*Christian E.Weller and Mark J. Scher*
B15-99	**Financial Crises after Financial Liberalization: Exceptional Circumstances or Structural Weakness?**	*Christian E. Weller*
B14-99	**Industry Effects of Monetary Policy in Germany**	*Bernd Hayo and Birgit Uhlenbrock*
B13-99	**Fiancial Fragility or What Went Right and What Could Go Wrong in Central European Banking?**	*Christian E. Weller and Jürgen von Hagen*

B12 -99	**Size Distortions of Tests of the Null Hypothesis of Stationarity: Evidence and Implications for Applied Work**	*Mehmet Caner and Lutz Kilian*
B11-99	**Financial Supervision and Policy Coordination in the EMU**	*Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum*
B10-99	**Financial Liberalization, Multinational Banks and Credit Supply: The Case of Poland**	*Christian Weller*
B09-99	**Monetary Policy, Parameter Uncertainty and Optimal Learning**	*Volker Wieland*
B08-99	**The Connection between more Multinational Banks and less Real Credit in Transition Economies**	*Christian Weller*
B07-99	**Comovement and Catch-up in Productivity across Sectors: Evidence from the OECD**	*Christopher M. Cornwell and Jens-Uwe Wächter*
B06-99	**Productivity Convergence and Economic Growth: A Frontier Production Function Approach**	*Christopher M. Cornwell and Jens-Uwe Wächter*
B05-99	**Tumbling Giant: Germany's Experience with the Maastricht Fiscal Criteria**	*Jürgen von Hagen and Rolf Strauch*
B04-99	**The Finance-Investment Link in a Transition Economy: Evidence for Poland from Panel Data**	*Christian Weller*
B03-99	**The Macroeconomics of Happiness**	*Rafael Di Tella, Robert MacCulloch and Andrew J. Oswald*
B02-99	**The Consequences of Labour Market Flexibility: Panel Evidence Based on Survey Data**	*Rafael Di Tella and Robert MacCulloch*
B01-99	**The Excess Volatility of Foreign Exchange Rates: Statistical Puzzle or Theoretical Artifact?**	*Robert B.H. Hauswald*
1998		
B16-98	**Labour Market + Tax Policy in the EMU**	*Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum*
B15-98	**Can Taxing Foreign Competition Harm the Domestic Industry?**	*Stefan Lutz*
B14-98	**Free Trade and Arms Races: Some Thoughts Regarding EU-Russian Trade**	*Rafael Reuveny and John Maxwell*
B13-98	**Fiscal Policy and Intranational Risk-Sharing**	*Jürgen von Hagen*
B12-98	**Price Stability and Monetary Policy Effectiveness when Nominal Interest Rates are Bounded at Zero**	*Athanasios Orphanides and Volker Wieland*
B11A-98	**Die Bewertung der "dauerhaft tragbaren öffentlichen Finanzlage"der EU Mitgliedstaaten beim Übergang zur dritten Stufe der EWWU**	*Rolf Strauch*
B11-98	**Exchange Rate Regimes in the Transition Economies: Case Study of the Czech Republic: 1990-1997**	*Julius Horvath and Jiri Jonas*
B10-98	**Der Wettbewerb der Rechts- und politischen Systeme in der Europäischen Union**	*Martin Seidel*
B09-98	**U.S. Monetary Policy and Monetary Policy and the ESCB**	*Robert L. Hetzel*
B08-98	**Money-Output Granger Causality Revisited: An Empirical Analysis of EU Countries (überarbeitete Version zum Herunterladen)**	*Bernd Hayo*
B07-98	**Designing Voluntary Environmental Agreements in Europe: Some Lessons from the U.S. EPA's 33/50 Program**	*John W. Maxwell*
B06-98	**Monetary Union, Asymmetric Productivity Shocks and Fiscal Insurance: an Analytical Discussion of Welfare Issues**	*Kenneth Kletzer*
B05-98	**Estimating a European Demand for Money (überarbeitete Version zum Herunterladen)**	*Bernd Hayo*
B04-98	**The EMU's Exchange Rate Policy**	*Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum*
B03-98	**Central Bank Policy in a More Perfect Financial System**	*Jürgen von Hagen / Ingo Fender*
B02-98	**Trade with Low-Wage Countries and Wage Inequality**	*Jaleel Ahmad*
B01-98	**Budgeting Institutions for Aggregate Fiscal Discipline**	*Jürgen von Hagen*

1997

B04-97	**Macroeconomic Stabilization with a Common Currency: Does European Monetary Unification Create a Need for Fiscal Insurance or Federalism?**	*Kenneth Kletzer*
B-03-97	**Liberalising European Markets for Energy and Telecommunications: Some Lessons from the US Electric Utility Industry**	*Tom Lyon / John Mayo*
B02-97	**Employment and EMU**	*Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum*
B01-97	**A Stability Pact for Europe**	*(a Forum organized by ZEI)*

ISSN 1436 - 6053

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Strasse 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1732
Fax: +49-228-73-1809
www.zei.de